GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 01.2009

Hier ist mehr drin:

Wetter, Wirtschaft, Wahlprogramme – da kommt was auf uns zu im Jahre 2009. Außer dem Landtag wird alles neu gewählt. Selbstbewusste Kampfansage von Daniel Mouratidis.

Kredite, Kapital und Kohle: Um die Landesbank zu retten sollen Stuttgart und die Sparkassen tief in die Tasche greifen. Die sträuben sich – aus gutem Grunde, so Eugen Schlachter.

Banken, Binnenmarkt, Bruttosozialprodukt: Die Finanzmarktkrise wird zur Weltwirtschaftskrise, und Europa muss ran. Den Wettlauf der Steuersysteme beenden, fordert Heide Rühle.

Kazwo, Kommunen, Konjunktur: 100 Prozent und die sofort – so sollen die Fördermittel aus Berlin fließen, sind sich Kommunen und Grüne einig. Aber die Kommunen zahlen via politisch motivierter Steuerausfälle mit. K II trotzdem als grünen Hebel nutzen, rät Andrea Lindlohr.

Löcher, Luft und Landesbank: Der Haushalt des Landes ist voller Risiken, von Wahrheit und Klarheit keine Spur. Ein Fazit der Etatberatungen von Winfried Kretschmann.

Grüne Wege aus der Krise

Von Gerhard Schick

Wenn's doch „nur" eine Finanzkrise wäre. Wenn's doch „nur" darum ginge, die Wirtschaft anzukurbeln. Aber die Herausforderung ist wesentlich größer. Wir haben es mit einer tiefgreifenden Krise unserer Wirtschaftsordnung zu tun, während wir gleichzeitig mit hoher Geschwindigkeit in die Klimakrise rasen und die Milleniumsziele verfehlen, also die weltweit vereinbarten Ziele unter anderem zum Abbau von Armut und Unterernährung. Und genau deswegen braucht es einen Grünen New Deal. Mit diesem Konzept knüpfen wir Grünen, aber auch viele Vordenker in anderen Staaten, an die grundlegende Veränderung der Wirtschaft der Vereinigten Staaten in den 1930er Jahren an. Damals, in der Weltwirtschaftskrise, baute US-Präsident Roosevelt seinen New Deal auf drei Säulen: Er regulierte die Finanzmärkte völlig neu, investierte Milliarden in Zukunftsprojekte – und er sorgte für umfangreiche Sozialreformen.

Die tiefgreifende Krise auf den Finanzmärkten erfordert nun eine völlige Neu-

Fortsetzung Seite 3

Grüner Sound fürs Superwahljahr

Von Daniel Mouratidis

Europaparlament, Kommunalvertretungen, Bundestag und dazu noch eine neue Bundespräsidentin oder ein neuer Bundespräsident: Dieses Jahr werden die Karten auf vielen Ebenen neu gemischt. Bereits seit Monaten legen viele Grüne die Grundlage für ein erfolgreiches Abschneiden im Wahlmarathon. In den Städten und Gemeinden haben wir Tausende Menschen motiviert, für grüne Listen zu kandidieren. In kommunalen Runden wurden Wahlprogramme diskutiert und verabschiedet, Wahlkampfkommissionen brüten über Plakatentwürfen und politischen Botschaften.

Nicht erst seit dem hervorragenden Ergebnis der hessischen Grünen blicken wir zuversichtlich auf die anstehenden Wahlen. Gerade in diesen schwierigen Zeiten sind überzeugende grüne Antworten nötiger denn je: Wir denken Klimakrise und Wirtschaftskrise sowie globale Armut zusammen. Die beschlossenen Konjunkturpakete der Bundesregierung hingegen folgen der Logik „Viel hilft viel". Die grüne Antwort darauf ist: „Richtig hilft viel".

Es ist nicht nur ökologisch zwingend, sondern auch ökonomisch richtig, den Klimaschutz voranzutreiben. Die konsequente ökologische Modernisierung unseres Wirtschafts- und Steuersystems schafft die Grundlage für bis zu einer Million neuer, zukunftsträchtiger Jobs. Unser Konzept der Grünen Marktwirtschaft zeigt neue Lösungen auf, während die anderen Parteien mit alten Antworten auf die aktuellen Herausforderungen reagieren. Statt auf unökologische Abwrackprämien für alte Autos, setzen wir auf Investitionen in den öffentlichen Personenverkehr und neue Technologien, in Gebäudesanierungen und den Bildungsaufbruch.

Es ist richtig, die Herausforderungen der aktuellen Krise mit einem sozialen Versprechen zu verbinden. Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten müssen wir ein ernst gemeintes Angebot für den Bildungsaufstieg machen. Unzählige Studien weisen immer wieder darauf hin: Die soziale Herkunft entscheidet gerade in Baden-Württemberg viel zu sehr über den Bildungserfolg. Deshalb brauchen wir endlich eine flächendeckende Kleinkinderbetreuung und längeres gemeinsames Lernen in einem individualisierten, neuen pädagogischen Konzept. Neben mehr Bildungsgerechtigkeit machen wir uns für eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze auf 420 Euro stark. Zudem sollten wir die aktuelle Bundessozialgerichts-Entscheidung zur Verfassungswidrigkeit der Hartz-IV-Sätze für Kinder mit Blick auf die Bundestagswahl nutzen, um für eine armutsfeste Kindergrundsicherung zu werben.

Schließlich werden wir weiter für starke Bürgerrechte eintreten. Mit unserem Einsatz gegen die Einschränkung der verfassungsrechtlich besonders geschützten Versammlungsfreiheit und für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung haben wir unser Profil als Bürgerrechtspartei im vergangenen Jahr deutlich geschärft – und so vor allem viele junge Menschen für uns gewonnen.

Klima, Gerechtigkeit, Freiheit – mit diesem politischen Sound starten wir selbstbewusst ins Wahljahr 2009.

Daniel Mouratidis ist Landesvorsitzender der baden-württembergischen Grünen

Grüne Wege aus der Krise

Fortsetzung von Seite 1

ausrichtung bei Banken, Fonds, Versicherungen und Rating-Agenturen. Mit ein paar Nachjustierungen vorhandener Regeln wird es nicht getan sein. Europa braucht eine Finanzaufsicht für grenzüberschreitend tätige Institute. Steuer- und Regulierungsoasen müssen ausgetrocknet, eine Finanzumsatzsteuer eingeführt werden. Rating-Agenturen und bisher unregulierte Fonds müssen klaren Regeln unterworfen werden. Der Grüne New Deal schließt aber auch eine neue Weltfinanzarchitektur ein: Wir brauchen einen Wirtschaftsrat bei den Vereinten Nationen, der demokratisch legitimiert ist, sowie eine grundlegende Reform des Währungssystems. Denn an der Basis der jetzigen Krise liegen wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Währungsräumen. Und schließlich müssen die globalen Finanzmärkte wieder auf ihren eigentlichen Zweck zurückgeführt werden: die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und – in verantwortbarem Maß – die Übernahme von Risiken.

Doch diese Maßnahmen allein helfen noch nicht heraus aus der wirtschaftlichen Krise, die inzwischen den ganzen Globus erfasst hat. Ich bin überzeugt, dass die Wirtschaft nur durch einen neuen Impuls aus der Krise geführt werden kann, der eine Antwort auf Klimakrise und Bedrohung der biologischen Vielfalt gibt. Diesen Impuls kann nur eine neue, nachhaltige Wirtschaftsweise geben. Eine neue Energiebasis – erneuerbare Energien statt Atom, Kohle, Öl und Gas –, höhere Energieeffizienz sowie Kreislaufwirtschaft sind dabei zentrale Elemente. Investitionen, die heute im Rahmen von Konjunkturprogrammen gemacht werden, müssen von diesem Zielpunkt aus definiert werden. Deshalb brauchen wir ein ökologisches Investitionsprogramm. Was Bundes- und Landesregierung jetzt vorgelegt haben, ist davon allerdings etwa so weit entfernt wie die Abwrackprämie vom Aufbruch in umweltfreundliche Mobilität.

Bleibt die dritte Säule des Grünen New Deal: der soziale Ausgleich. Roosevelts Vorbild, die Einführung von Mindestlöhnen, gehört hier sicher dazu. Ebenso wie die Einführung einer Bürgerversicherung und erhebliche Investitionen in die Bildung. Hinzu kommt die internationale Dimension: Ein effektives globales Klimaabkommen indes ist ohne solidarischen Ausgleich, Technologietransfer und Veränderungen in der Handelspolitik zwischen Nord und Süd kaum denkbar.

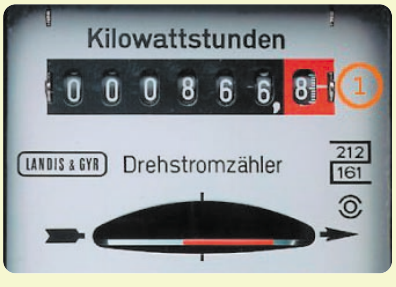
Mit dem Grünen New Deal besteht also die Chance, die Wirtschaft für Jahrzehnte zu prägen. Wir geben damit eine Antwort auf die Herausforderungen gleich dreier globaler Krisen: der Finanz-, der Klima- und der Ernährungskrise. Meines Erachtens werden dezentrale Produktionsweisen und Formen solidarischer Ökonomie einen größeren Stellenwert haben als in der überkommenen Industriegesellschaft. Deswegen ist der Grüne New Deal nicht gleichzusetzen mit Öko-Kapitalismus oder Greenwashing, sondern er steht für eine tiefgreifende Veränderung unserer Wirtschaft, die es angesichts der Kräfte des Beharrens zum Beispiel in Energie- und Automobilkonzernen zu erkämpfen gilt. Genau dafür bietet diese Krise eine Chance. Und umgekehrt ist die konsequente Ökologisierung der Wirtschaft einer der wenigen wirklich gangbaren Wege aus der Krise. Es wäre fatal, diese Chance nicht zu nutzen.

Dr. Gerhard Schick ist finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag

Bioenergiestadt Neckargemünd

Auf Initiative der örtlichen Grünen hin hat sich in Neckargemünd ein Arbeitskreis an die Einrichtung eines Bioenergiestadtteils gemacht: In einem ausgewählten Stadtbezirk der 14.000 Einwohner zählenden Stadt soll ein Blockheizkraftwerk mit Holzhackschnitzeln Strom und Wärme erzeugen. Die Wärme wird dann über ein eigens verlegtes Nahwärmenetz an die angeschlossenen Haushalte verteilt. Der nächste Schritt wird die Gründung einer Genossenschaft durch die anschlussbereiten Anwohner sein, die die Erstellung und den Betrieb der Anlagen übernimmt.

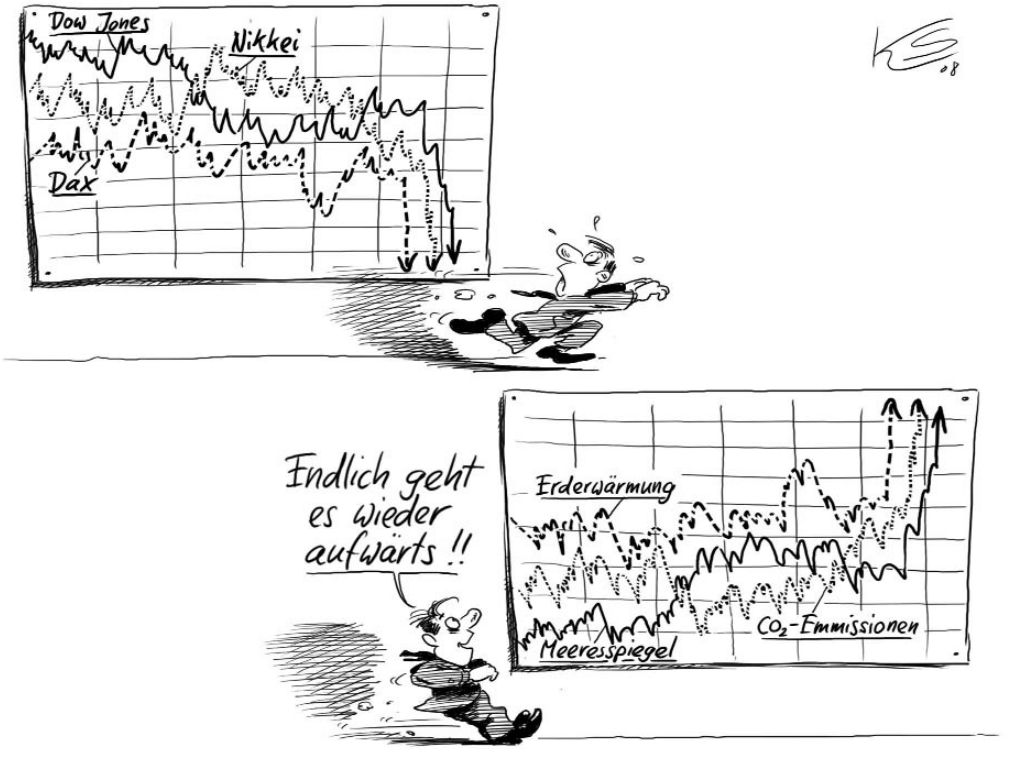
Infos: www.best-neckargemuend.de



Köngen: Stromfressern auf der Spur

Die Grüne Gemeinderätin in Köngen Anne Rahm hat erreicht, dass sich die Gemeinde Strommessgeräte zugelegt hat. Die Strommessgeräte können nun ganz unkompliziert an der Rathauspforte gegen Pfand ausgeliehen werden. Damit kommen die BürgerInnen ganz leicht den „heimlichen Stromfressern" im Haushalt auf die Schliche. Denn: Normale Radio- und CD-Geräte verbrauchen fast genauso viel Strom, wenn sie aus sind, wie wenn sie angeschaltet sind.

Umbauplan für Landesbanken



Von Eugen Schlachter

Seit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung durch die öffentliche Hand im Jahr 2005 funktionieren die Landesbanken genauso wie Privatbanken auch. Mit erheblichen Folgen: Schlechteres Rating, steigende Refinanzierungskosten, sich verteuernde Kredite. Es boten sich zwei Möglichkeiten: Entweder Rückzug auf den Kern des öffentlich-rechtlichen Auftrags oder neue Geschäftsfelder zu erschließen. Alle Landesbanken entschlossen sich fürs Wachsen: Dies führte zur Anlage in riskanten Investitionen. Diese Belastungen, gefolgt von Lehmann-Pleite und Island-Crash, haben die Schwachstellen der Landesbanken-Landschaft schonungslos offen gelegt. Sie sind aber nicht die eigentliche Ursache. Offenkundig ist: Die Landesbankenstruktur in Deutschland ist insgesamt so nicht zukunftsfähig. Das Festhalten der Länderregierungen an der jeweiligen Landesbank hat überwiegend politisch-egoistische Motive. Da diese aber bei einer Lösung berücksichtigt werden müssen, haben wir einen entsprechenden Vorschlag entwickelt, der mittlerweile die Diskussion mit vorantreibt:

1. Die Landesbankenebene soll sich auf die Rolle als Spitzeninstitute der Sparkassen konzentrieren und ihr künftiges Geschäftsmodell – im internationalen wie im regionalen Bereich – auf die Realwirtschaft ausrichten.

2. Die Landesbanken sollen künftig verstärkt zusammenarbeiten und innerhalb der Sparkassenorganisation Schwerpunktaufgaben im Rahmen einer Bündelung von Sparten (Sparkassenzentralbank, Bausparen, Leasing, Investmentbanking, Versicherungen etc.) übernehmen.

3. Die bisherigen Standorte der Landesbanken werden selbstständig erhalten. Um politische Blockaden zu vermeiden, wird kein bisheriger Standort dem anderen untergeordnet. Jeder Standort übernimmt eine der gebündelten Schwerpunktaufgaben.

Eine Kapitalaufstockung der LBBW durch die derzeitigen Träger lehnen wir ab: Das Land Baden-Württemberg hat das Geld nicht und müsste zwei Milliarden neue Schulden machen: Nullverschuldung ade! Die Stadt Stuttgart braucht die Rücklagen für die zukünftigen Steuerausfälle. Für die Sparkassen würde eine Kapitalaufstokkung die Risikotragfähigkeit jeder einzelnen Sparkasse einschränken. Das darf gerade jetzt, wo Handel, Gewerbe und Mittelstand in der Fläche Überbrükkungskredite benötigen, nicht passieren.

Deshalb sollte die Landesbank den Rettungsschirm des Bundes – den „SoFFin“ – in Anspruch nehmen und dann nach einer Restrukturierung die Spitze des Zuges bei der Neuordnung der Landesbanken bilden. Die aktuelle Diskussion um eine Fusion mit der Bayerischen Landesbank könnte ein erster Schritt sein, wenn Bayern die Risiken seiner Landesbank zuvor bereinigt. Dass wir mit diesem Konzept immer richtig lagen, zeigen die Diskussionen bei den Sparkassen und in Stuttgart über die Folgen der Belastungen bei einer Kapitalerhöhung. Die Landesregierung hält bisher noch an der Illusion fest, die Struktur der Landesbanken (trotz Fusionen und Übernahmen, etwa Landesbank Rheinland Pfalz oder Sachsen LB, vielleicht auch noch die Bayern LB) nicht ändern zu müssen. Dies wird aber keine Zukunft haben.

Eugen Schlachter ist finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg

Gefordert: Europäische Antworten

Von Heide Rühle

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise – ausgelöst durch die Finanzmarktkrise – ist nicht nur eine Folge fehlender Regulierung und des Platzens von Spekulationsblasen. Die Ursachen liegen tiefer. Letztlich steht dahinter die Frage der Nachhaltigkeit der Finanzmärkte und unseres Wirtschaftssystems insgesamt. Nun müssen auf europäischer Ebene die richtigen Konsequenzen aus den Liberalisierungsexzessen der vergangenen Jahre gezogen werden. Notwendig ist zum einen die von uns Grünen seit langem geforderte bessere Regulierung von Rating-Agenturen, Hedge Fonds und Private Equity. Zum anderen brauchen wir eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht und Mindeststeuersätze für international tätige Unternehmen.

Aufsichtspolitische Kleinstaaterei in Europa beenden

Während der gemeinsame Binnenmarkt auf der Grundlage von europaweiten Mindeststandards entwickelt wurde, ist die europäische Finanzmarktintegration durch die gegenseitige Öffnung der Finanzmärkte durch das Herkunftslandprinzip gekennzeichnet. Das bedeutet: Die EU-Länder erkennen gegenseitig die jeweiligen nationalen Regeln an. Der europäische Finanzmarkt verfügt dadurch bis heute nicht über eine funktionierende Aufsichtsstruktur. Wenn das Bilanzvolumen von Banken wie der niederländischen ING das Zweieinhalbfache des niederländischen Bruttosozialproduktes beträgt und sie damit „too big to fail" sind, können sie nicht mehr ausreichend national kontrolliert werden. Außerdem sind inzwischen mehr als 40 Banken in mehreren europäischen Ländern tätig – die Kontrolle obliegt aber ausschließlich den nationalen Bankenaufsichten. Deshalb brauchen wir klare Verantwortlichkeiten, Rechtssicherheit und eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Aufsichtsbehörden. Notwendig ist eine Europäische Banken- und Finanzaufsicht, die stark vernetzten Märkten und Finanzkrisen mit internationalem Ausmaß gerecht wird und dem Verbraucherschutz verpflichtet ist. Es geht dabei nicht darum, die nationalen Bankenaufsichten abzuschaffen und kleine Sparkassen und Genossenschaftsbanken einem europäischen Kontrollregime zu unterstellen.

Wettlauf der Steuersysteme beenden

Die Fälle IKB und Hypo Real Estate (HRE) zeigen, dass wir auf europäischer Ebene dringend Mindeststeuersätze für international tätige Unternehmen brauchen. Sie sind erst durch ihre im Ausland ansässigen Tochtergesellschaften in die Krise hineingezogen worden. Diese Zweckgesellschaften wurden ins Ausland verlagert, um nicht der deutschen Bankenaufsicht unterstellt zu sein und um geringere Steuersätze auszunutzen. So wurden die Gewinne bei der HRE-Tochtergesellschaft Depfa am deutschen Fiskus vorbei erwirtschaftet, für die Verluste muss jetzt aber der deutsche Steuerzahler aufkommen. Dieser Wettlauf der Steuersysteme muss beendet werden. Standorte konkurrieren miteinander um Investitionsentscheidungen und leider auch oft um die geringsten Standards. Zugleich können Unternehmen, die Standorte in verschiedenen Ländern der EU haben, ihre Geschäfte so bilanzieren, dass die Steuern an den Orten mit den niedrigsten Sätzen fällig werden. Mindeststeuersätze sind daher notwendig, um den ruinösen Wettlauf der Steuersysteme zu beenden. Ebenso wichtig ist es, endlich die Steuerschlupflöcher in Liechtenstein, der Schweiz oder auf den Kanalinseln zu schließen.

Heide Rühle ist binnenmarktpolitische Sprecherin der Grünen/EFA im Europäischen Parlament

Klimaschutz in Böblingen

Die Böblinger Grünen setzen vor Ort auf die drei E – Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien: Auf Antrag der grünen Fraktion wurde der Energieverbrauch der städtischen Gebäude untersucht und in einem Energiebericht veröffentlicht. Die ersten zwei energetischen Sanierungsprojekte werden 2009 realisiert. Auch der Bau des Blockheizkraftwerks Dagersheim ist eine grüne Initiative. Dieses nutzt mit Kraft-Wärme-Kopplung 90 Prozent der Primärenergie als Strom und Fernwärme. Und: 70 BürgerInnen haben 2008 gemeinsam Solaranlagen auf fünf städtischen Dächern errichtet und erzeugen Sonnenstrom.

„Atomklo" Hochrhein?

Auf einer Infoveranstaltung mit dem BUND haben die Tuttlinger Grünen auf die wachsende Gefährdung durch die bestehenden atomaren Altanlagen in der Schweiz aufmerksam gemacht. Am Hochrhein stehen in Grenznähe vier Schweizer Atomkraftwerke; drei neue AKW sind in Planung. Die Anforderungen an das geplante atomare Endlager Benken wurden aufgrund der schlechten geologischen Gegebenheiten reduziert, so dass jetzt im Grenzgebiet auch ein Endlager eingerichtet werden könnte. Dies stellt eine große Gefahr für die Trinkwasserversorgung dar.

Chance für den Grünen Reset-Knopf

Von Andrea Lindlohr

Die Kommunen stehen in der Wirtschaftskrise vor mindestens zwei Herausforderungen: Einerseits sehen sie dem Einbrechen ihrer Steuereinnahmen entgegen, andererseits sollen sie binnen kürzester, konjunkturwirksamer Zeit immense Mittel aus dem Konjunkturpaket II (K II) des Bundes kofinanzieren und verarbeiten.

Wann geht's los?

„Wir könnten sofort loslegen", sagt der Tübinger OB Boris Palmer. Er hatte bereits im Dezember 2008 dem Gemeinderat ein Investitionspaket mit einem Volumen von sechs Millionen Euro vorgelegt, um Programme von Bund und Land kofinanzieren zu können. „Aber anscheinend verhandeln die in Berlin und Stuttgart so lange über die Ausgestaltung der Konjunkturprogramme, dass wir erst bauen können, wenn die Rezession vorbei ist."

Bis zum Redaktionsschluss der Grünen Blätter hielt dieser Zustand an. Fest steht: 1,237 Milliarden Euro sieht das K II für Baden-Württemberg vor. Davon gehen 70 Prozent an die Kommunen, das sind 866 Millionen Euro, und 65 Prozent der Gesamtsumme sieht der Bund als Bildungsinvestitionen vor. Den zusätzlichen Mittel stehen nicht nur die konjunkturellen, sondern auch die politisch motivierten Steuerausfälle durch Schwarz-Rot gegenüber. Von der degressiven Abschreibung bis zur Senkung des Einkommensteuertarifs: Die Kommunen zahlen mit. Bis zu 80 Prozent der K II-Einnahmen könne das ausmachen, meint das Institut für Makroökonomik und Konjunkturforschung.

Pauschalen statt Projektförderung

Dennoch: Die Mittel müssen an die Kommunen – aber wie? „Wir fordern, die Mittel zu 100 Prozent pauschaliert an die Kommunen zu verteilen und unterstützen damit eine zentrale Forderung der Kommunalen Landesverbände", stellt Uli Sckerl die Linie der grünen Landtagsfraktion dar. „Umständliche Antragsverfahren kann niemand brauchen." Im Bereich der energetischen Sanierung solle man jedoch CO_2-Minderungsziele vorgegeben. Zum Fallstrick für die Kommunen kann sich die sogenannte Zusätzlichkeit entwickeln: Die geplanten Investitionen der Jahre 2009 bis 2011 müsse die tatsächlichen Investitionen der Jahre 2006 bis 2008 übersteigen, wenn man Bundesmittel in Anspruch nehmen wolle: So hat sich das Schwarz-Rot ausgedacht. Diese Zusätzlichkeit ist ein Irrsinn, den die Länder wegverhandeln müssen.

KOMMUNAL WAHL2009

Cross-Border-Leasing als Zusatzproblem

In dieser schwierigen Lage schlagen sich einige Kommunen mit einer früheren Fehlentscheidung herum. Ob Ulm oder Stuttgart: Die versprochenen Barwertvorteile aus Cross-Border-Leasing schmelzen dahin wie Schnee in der Sonne. Viele Kommunen müssen sich, um nicht vertragsbrüchig zu werden, einen neuen Versicherer für den laufenden Vertrag suchen. Schlecht, dass dem Gesetzentwurf der Grünen zum Verbot von Cross-Border-Leasing durch die Gemeindeordnung im Jahr 2003 im Landtag keine andere Fraktion zugestimmt hat. Daran kann man auch im Kommunalwahlkampf vor Ort erinnern.

Den „Reset"-Knopf drücken

Trotz allem Ärger darüber, was die Konjunkturprogramme den kommunalen Gremien und Verwaltungen zumuten: Sie bergen die Chance, den „Reset"-Knopf bei den kommunalen Investitionen zu drükken. Alle Investitionen in die Zukunft – das sollte unser grüner Input vor Ort sein: In Energiesparen und Bildung (der öffentliche Verkehr ist leider nicht förderfähig). Wir können das K II als Hebel nutzen, damit unsere Kommunen sich GRÜNER entwickeln.

Andrea Lindlohr ist Mitglied im grünen Landesvorstand

Vier mal Minus gibt kein Plus

Von Winfried Kretschmann

Noch nie hat der Landtag einen Landeshaushalt verabschiedet, der aufgrund der zahlreichen Risiken auf so tönernen Füßen stand. Dabei ist es nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise, die dieses Zahlenwerk schon bald zusammenschrumpfen lässt wie einen Ballon, dem die Luft ausgeht. Viele Risiken sind hausgemacht.

Risiko Nr. 1: Steuerausfälle. In der mittelfristigen Finanzplanung stehen Dekkungslücken, die sich bis zum Jahr 2012 auf 4,5 Milliarden Euro summieren. Bei den Steuereinnahmen ist in den kommenden Jahren ein Einbruch von mindestens 2 Milliarden gegenüber der Finanzplanung zu erwarten.

Risiko Nr. 2: Steuersenkungen. Populismus ist in, CDU und FDP machen den Steuersenkungsreigen der herumnölenden CSU munter mit – mit nachhaltigen öffentlichen Finanzen hat das nichts zu tun. Steuersenkungen auf Pump lehnen wir ab – dies sind nur die Schulden, die unsere Kinder zusätzlich belasten.

Risiko Nr. 3: Stuttgart 21. Von allen Haushaltsrisiken das ärgerlichste: Viel Geld, verkehrspolitisch unsinnig, geringer oder kein Nutzen, aber hohes Risiko. Das Gutachten des renommierten Verkehrsplanungsbüros Vieregg-Rössler besagt: Es können statt 2,8 Milliarden (erste Kostenberechnung) oder 4,2 Milliarden Euro (Stand heute) auch 5 Milliarden Euro oder mehr werden. Die Berechnungen der Gutachter konnten bisher nicht widerlegt werden. Der „Tunnelblick" verhindert die klare Sicht auf die absehbaren Kostensteigerungen, die bei anderen vergleichbaren Bahnprojekten bis zu 60 Prozent betrugen.

Risiko Nr. 4: Landesbank. Die Löcher in der LBBW werden von mal zu mal größer. Eine Kapitalerhöhung, die die Stadt Stuttgart und die Sparkassen eigentlich nicht wollen, muss durch die Träger gestemmt werden; jetzt ist gar von einem noch höheren Landesanteil als den bisher diskutierten 1,8 Milliarden Euro die Rede. Wenn diese im Landeshaushalt verbucht werden müssen, ist die Nullverschuldung endgültig perdu.

Die jetzt gestartete Werbekampagne um junge LehrerInnen, die man in anderen Bundesländern abwerben will, zeigt das ganze Dilemma dieser Landespolitik: Selbst im Kernbereich der landespolitischen Kompetenz fehlt die Orientierung, fehlt Weitblick und gezieltes und geplantes Handeln, es fehlt an Substanz und an Richtung. Zwar kommt jetzt auch die Landesregierung auf den Trichter, dass MigrantInnen als Vorbilder in den Schulen eine prima Sache sein könnten: Es hat aber Jahre gebraucht, bis sie dies erkannt hat, und jetzt wo sie es ändern will, steht kein Geld (mehr) und kein Konzept zur Verfügung. Stattdessen wollte man sparen und hat z.B. angestellte Lehrer vor der Sommerpause entlassen, um sie zu Beginn des neuen Schuljahres wieder einzustellen. Da hatten sich viele längst in anderen Ländern einen Job gesucht.

G8 bleibt in der Kritik, die Werkrealschule ist ein vermurkstes Konzept und macht die Hauptschule erst recht zur Restschule. Fazit: Dieser Landesregierung fehlt eine klare Linie, fehlt Mut und Entschlossenheit, und beim Haushalten Wahrheit und Klarheit.

Winfried Kretschmann ist Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag und Mitglied im grünen Landesvorstand

Europäischer Grüner Kommunalkongress in Stuttgart

„Green Deal for Greener Cities: Klimawandel als Herausforderung für die Kommunalpolitik" – unter diesem Motto steht der 4. Europäische kommunalpolitische Kongress, der vom 17. bis 19. April in Stuttgart stattfindet. Drei Tage lang werden grüne KommunalpolitikerInnen aus ganz Europa darüber diskutieren, wie grüne Wege aus der Wirtschafts- und der Klimakrise aussehen und welchen Beitrag die Kommunen dazu leisten können. Also: Meldet Euch an – und kommt zu dem Kongress, den die Grüne Europafraktion, die Europäische Grüne Partei und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam veranstalten.

www.greens-efa.org
www.gruene-bw.de

Schuttertal geht weg vom Öl

Die südbadische Gemeinde Schuttertal, der seit 2004 der Grüne Carsten Gabbert als Bürgermeister vorsteht, hat in einem Zug alle öffentlichen Gebäude eines Ortsteils auf nachhaltige Wärmeerzeugung umgestellt. Seit Mitte 2008 werden vier kommunale Gebäude und drei private mit Wärme aus regionalen Hackschnitzeln beheizt. „Wir haben damit einen regionalen Wirtschaftskreislauf geschaffen, wirtschaften nachhaltig und haben die Umwelt entlastet", freut sich Bürgermeister Gabbert.

KURZ & GRÜN

Neues Blog der Südwest-Grünen

Die baden-württembergischen Grünen tummeln sich jetzt in der Blogosphäre: Im Februar ging das neue Blog des grünen Landesverbands an den Start. Unter http://blog.gruene-bw.de schreiben Grüne aus unterschiedlichen Ebenen und Zusammenhängen über aktuelle politische Themen aus Baden-Württemberg und darüber hinaus. Schaut mal rein und diskutiert mit.
http://blog.gruene-bw.de

Grüne Lauffen gegen Neckarwestheim

Die Abschaltung von Block I des AKW Neckarwestheim ist für die Lauffener Grünen gerade auch im Kommunalwahlkampf das dominierende Thema. Sie planen dazu massive Aktionen, um deutlich zu machen: Wir wollen am Atomausstieg ohne Wenn und Aber festhalten. Die Lauffener Grünen arbeiten bei allen Aktionen mit unterschiedlichen NGOs zusammen und bitten um Unterstützung aus ganz Baden-Württemberg.
www.gruene-lauffen.de

TERMINE

7. März 2009
Plenum der
Landesarbeitsgemeinschaft Christen
Hotel Ketterer, Marienstraße 3b,
Stuttgart; 10.15–16.15 Uhr
www.gruene-bw.de

7. März 2009
Sitzung der Projektgruppe
Behindertenpolitik
Grüner Fraktionssitzungssaal im
Landtag, Konrad-Adenauer-Straße 12,
Stuttgart; 10.30–15.00 Uhr
www.gruene-bw.de

14. März 2009
Kreisvorstände- und
KandidatInnentreffen
Literaturhaus, Breitscheidstraße 4,
Stuttgart; 10.30–13.30 Uhr
Infos: landesverband@gruene-bw.de

14. März 2009
Konferenz zum Bundestagswahlprogramm, Thema: Gesundheit und Soziales
Literaturhaus, Breitscheidstraße 4,
Stuttgart; 14.30–18.00 Uhr
Infos: landesverband@gruene-bw.de

28. März 2009
Konferenz zum
Bundestagswahlprogramm
Stuttgart, 9.30–18.00 Uhr
Infos: landesverband@gruene-bw.de

17.–19. April 2009,
4. Europäischer Kommunalpolitischer Kongress: Green Deal for Greener Cities
Haus der Wirtschaft,
Willi-Bleicher-Straße 19, Stuttgart
www.gruene-bw.de
www.greens-efa.org

27. April 2009
Willi Hoss zum 80. Geburtstag.
Ökologie und Gewerkschaften heute
Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg
Theaterhaus, Siemensstraße 11,
Stuttgart; 18.00-21.00 Uhr
www.boell-bw.de

7. Mai 2009
Europa sozial gestalten.
Zwischen wünschenswerten
und realisierbaren Zielen
Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg
Universität Mannheim
19.00–21.00 Uhr
www.boell-bw.de

8.–10. Mai 2009
Bundesdelegiertenkonferenz von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beschluss zum Bundestagswahlprogramm
Velodrom, Berlin
www.gruene.de

7. Juni 2009
Europa- und Kommunalwahlen
Nicht vergessen: Grün wählen!

IMPRESSUM:

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Forststraße 93 · 70176 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
Telefax 0711-99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Layout&Satz:
gerhard@fontagnier.de

Redaktion:
Dr. Silke Argo, Tilo Berner,
Philip Eberhardt, Thomas Hornung,
Andrea Lindlohr, Wolfgang Schmitt,
Nele Schönau, Wolfgang Schreiner

Druck:
auf Umweltpapier bei
Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Exemplare)

Bildquellen:
Seite 1: madochab/photocase.com
Seite 2: Helmut Brands/fotolia.com
Seite 3: Wolfgang Wildner
(CC-Lizenz)/www.flickr.com
Seite 5: cameraw/fotolia.com